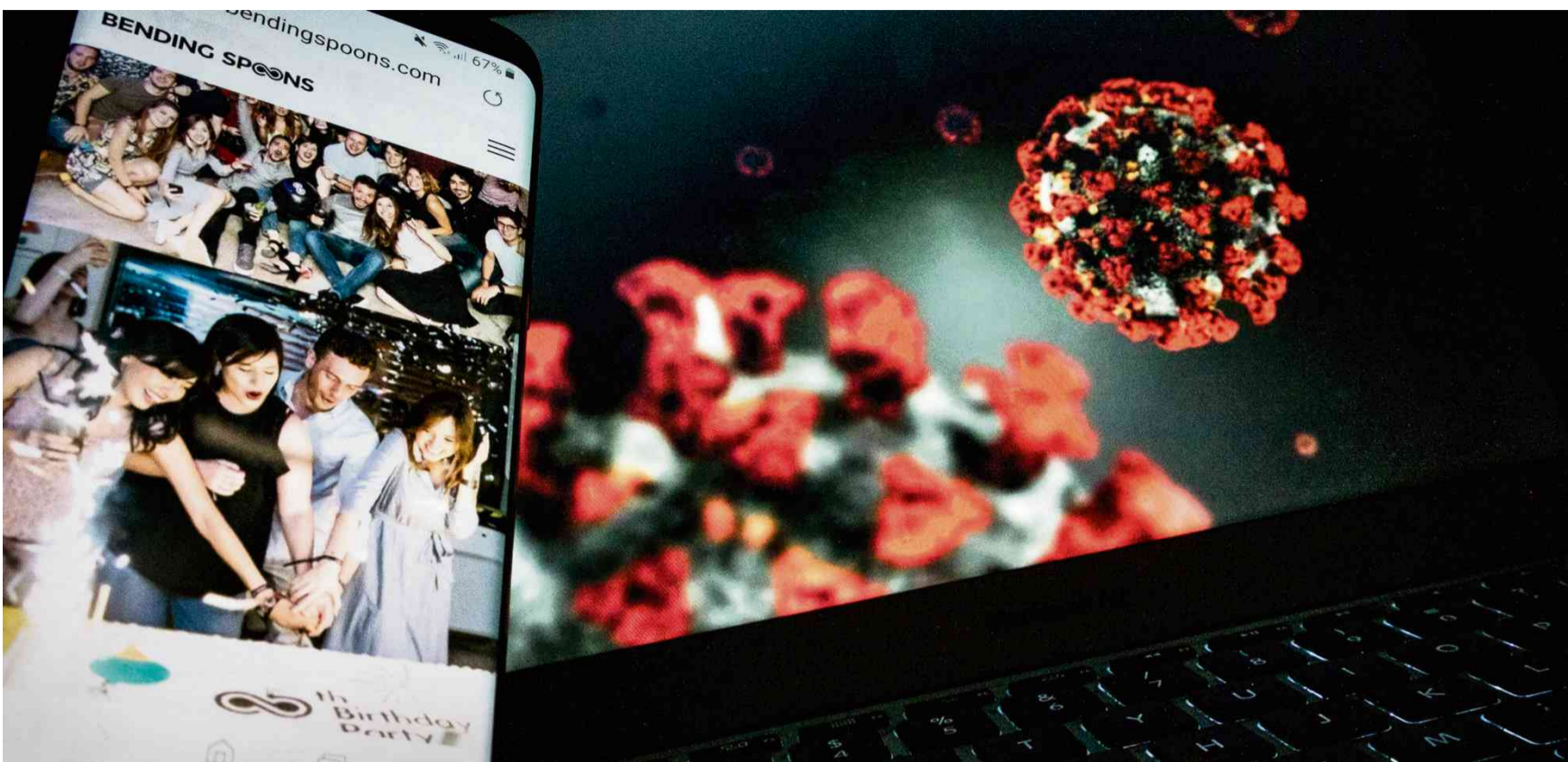


Coronavirus Für die neue Tracing-App gibt es noch keinen Zeitplan



Moderne Technik im Einsatz gegen die Pandemie: In diversen europäischen Staaten wird an Anti-Virus-Apps gearbeitet.

Foto: imago/Andrea Ronchini

Start der Corona-App verzögert sich

Tagesthema

Technik Bis die Anwendung in Deutschland und in der EU funktioniert, müssen noch Hürden überwunden werden.

Von Markus Grabitz und Norbert Wallet

Die Hoffnung, dass nach dem Schwenk der Bundesregierung vom Wochenende die Corona-Tracing-App schnell eingeführt werden kann, dürfte sich nicht erfüllen. Am Sonntag hatten Kanzleramtsminister Helge Braun und Bundesgesundheitsminister Jens Spahn (beide CDU) bekannt gegeben, dass die Regierung nun auf eine dezentrale Software-Architektur setzt. Es soll also zu keiner Großsammelstelle von Daten kommen. Die beiden hatten zudem die Erwartung formuliert, dass die App „sehr bald“ einsatzbereit sei.

Doch der Zeitplan ist höchst unsicher. Zunächst hieß es aus dem Gesundheitsministerium, dass die App vor Ostern starten könne. Dann ging man im Kanzleramt davon aus, dass es Ende Mai so weit sei. Wie unsere Zeitung aus Koalitionskreisen erfahren hat, ist dieser Zeitpunkt stets mit der zentralen Lösung bei der Datenerfassung verbunden gewesen. Ob er im nun favorisierten Modell gehalten werden kann, gilt als unsicher. Auf jeden Fall wird es noch mehrere Wochen dauern, ehe Kontaktpersonen von Infizierten über das Handy eine Warnmitteilung erhalten werden.

Die Kommunen wollen genaue Kontaktdaten haben

Auch die konfliktfreie Einführung ist nicht gesichert. Zwar kann sich die Bundesregierung für ihre Kehrtwende hin zu einer dezentralen Lösung des Beifalls der Opposition sicher sein, aber über das Wochenende hat sich eine neue Frontstellung ergeben. Die Kommunen melden ihre Interessen an. In einem Schreiben an Braun und Spahn hat der Präsident des Deutschen Landkreistags, Reinhard Sager, einen Hilferuf losgelassen. Für die Gesundheitsämter der Kommunen sei es von großer Bedeutung, die „Kontaktdaten der betroffenen Personen“, inklusive Namen und Anschrift und der konkreten „örtlichen und zeitlichen Gegebenheiten“, zu haben. Tatsächlich aber spricht sich die Bun-

desregierung für ein Modell anonymisierter Datenerfassung aus.

Das ist nicht der einzige Konfliktpunkt. Der Vorsitzende des Gesundheitsausschusses des nordrhein-westfälischen Städtetages, Andreas Meyer-Falcke, lässt sich mit der Bemerkung zitieren, eigentlich müsse man die App verpflichtend einführen, damit sie einen Sinn ergebe.

Tatsächlich wird davon ausgegangen, dass 60 bis 70 Prozent der Bevölkerung die App nutzen müssten, damit sich der Aufwand wirklich lohnt. Spricht das für die zwangsweise Einführung? Bundesregierung und Koalition sind sich einig, dass die Freiwilligkeit wichtig ist. „Die App ist in allererster Linie dazu da, eine Warnung an Betroffene zu schicken, die sich infiziert haben können“, sagte der SPD-Gesundheitsexperte Karl Lauterbach unserer Zeitung. Sie sei „nicht dazu gemacht, damit Gesundheitsämter an Daten gelangen“. Auch der stellvertretende Fraktionsvorsitzende der Unionsfraktion im Bundestag, Thorsten Frei, spricht sich für eine Freiwilligkeit aus: „Wie soll denn die Polizei die Verpflichtung kontrollieren? Soll sie sich die Handys zeigen lassen und prüfen, ob da eine App

drauf ist?“ Frei setzt sich allerdings dafür ein, „den Anreiz für einen wirklichen Gebrauch der App zu erhöhen“. Der mögliche Nutzen sei so hoch, dass man über eine Steuergutschrift einen zusätzlichen Anreiz setzen könnte. Der Innenexperte der CDU, Armin Schuster, argumentiert hingegen: Sollte sich einerseits herausstellen, dass die App eindeutig ein Gewinn sei, andererseits die Bevölkerung nicht genug mitmache, „dann sollte die Verpflichtung als Option wenigstens im Köcher bleiben als weitere Option der Politik“, so Schuster gegenüber unserer Zeitung.

Wenn Urlaubsfahrten ins Ausland wieder erlaubt sind, stellt sich zudem die Frage nach App-Lösungen, die im gesamten EU-Binnenmarkt funktionieren. Der gesundheitspolitische Sprecher der größten Fraktion im Europaparlament, EVP, und Arzt Peter Liese (CDU), ist überzeugt, dass es nur mit der App gelinge, den Shutdown zu überwinden: Wer Tracing-Apps ablehne, so Liese, versündige sich an den Menschen. „Entweder müssen Hunderttausende von ihnen sterben, wenn wir die Maßnahmen aufheben.“ Oder: „Millionen werden ihre Jobs verlieren, wenn wir die

Maßnahmen nicht aufheben.“ Über Gesetzgebungskompetenzen verfügt die EU in der Sache zwar nicht, dennoch wäre ein gemeinsames Herangehen in Europa wichtig, mahnt Axel Voss (CDU), rechtspolitischer Sprecher der EVP-Fraktion im Europaparlament, an. „Die nationale Sicht hilft in dem Augenblick nicht weiter, wenn wir hoffentlich bald wieder Reisefreiheit haben.“ Deswegen müssten sich die EU-Länder möglichst rasch auf eine „zugrunde liegende Sicherheitsarchitektur“ einigen, mit der die verschiedenen Apps untereinander harmonisieren.

Brüssel bemüht sich um eine europäische Lösung

Die EU-Kommission leistet Koordinierungsarbeit. Unter Hochdruck wird in ganz Europa an entsprechenden Anwendungen gearbeitet. Nach Information der EU-Kommission wurde, Stand Mitte April, in 14 Ländern, zwölf davon waren Mitgliedstaaten, an einer Corona-App gearbeitet. Die Ansätze unterscheiden sich. So favorisiert Frankreich dem Vernehmen nach, wie zunächst auch Deutschland, eine zentrale Variante.

Die Gespräche zwischen Kommission und Mitgliedstaaten zum Thema laufen noch. Bis Ende Mai sollen die Mitgliedstaaten Ergebnisse ihrer Bemühungen nach Brüssel melden. Die EU-Kommission will dann im Juni einen Vorschlag für einen EU-weiten Ansatz zur Corona-App vorlegen.

Der EU-Binnenmarktkommissar Thierry Breton macht Druck bei Google und Apple, damit die großen Spieler nicht auf der Bremse stehen. Stattdessen sollen sie die Betriebssysteme der Handys für die Anwendungen anpassen. Apple-Geräte etwa schalten Bluetooth automatisch aus, wenn es für kurze Zeit ruht. Wie zu hören ist, kooperieren Apple und Google grundsätzlich. Sie sind aber nur bereit, Apps laufen zu lassen, die zuvor von den jeweiligen Regierungen zugelassen wurden.

FAST ZWEI MILLIONEN DOWNLOADS AM ERSTEN TAG

App Australien hat am Sonntag eine Anti-Virus-App eingeführt. In weniger als 24 Stunden hätten schon 1,9 Millionen Menschen die App „COVID-Safe“ installiert, sagte Gesundheitsminister Greg

Hunt am Montag. Er hofft, dass am Ende gut die Hälfte der 25 Millionen Einwohner freiwillig die App nutzen werden.

Corona-Fälle In Australien sind bisher gut 6700 In-

fektionen und 83 Todesfälle registriert worden. Der Anstieg der Neuinfektionen hat sich zuletzt allerdings stark verlangsamt, am Sonntag wurden nur noch 16 neue Fälle registriert. AFP